Allgemeinverfügung zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen in Einrichtungen - Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten -

Die Stadt Weinstadt erlässt aufgrund von §§ 17 Abs. 4 und 32 Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl I 2000, 1045) in Kraft getreten am 01.01.2001 in Verbindung mit dem Erlass des Ministeriums für Soziales und Integration vom 12.03.2020

folgende widerrufliche Allgemeinverfügung:

1. Personen, die sich innerhalb der letzten 14 Tage in einem Risikogebiet oder einem besonders betroffenen Gebiet entsprechend der jeweils aktuellen Festlegung durch das Robert-Koch-Institut aufgehalten haben, dürfen für einen Zeitraum von 14 Tagen seit Rückkehr aus dem Risikogebiet oder dem besonders betroffenen Gebiet folgende Einrichtungen nicht betreten:
 - a) Einrichtungen nach § 23 Absatz 3 Nummer 1 und Nummer 3 bis 5 Infektionsschutzgesetz (Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, in denen eine den Krankenhäusern vergleichbare medizinische Versorgung erfolgt, Dialyseeinrichtungen, Tageskliniken und Behandlungs- oder Versorgungseinrichtungen, die mit einer der in den Nummern 1 bis 6 genannten Einrichtungen vergleichbar sind) sowie
 - b) stationäre Einrichtungen für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf oder mit Behinderungen sowie von einem Anbieter verantwortete ambulant betreute Wohngemeinschaften nach dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz (WTPG).
2. Dies gilt auch, wenn das Gebiet binnen 14-Tagen ab Rückkehr neu als Risikogebiet oder besonders betroffenes Gebiet eingestuft wird. Die Übersicht über Risikogebiete und besonders betroffene Gebiete findet sich tagesaktuell unter:
https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Risikogebiete.html
3. Ausnahmen können für nahestehende Personen (z.B. im Rahmen der Sterbebegleitung oder zur Begleitung eines erkrankten Kindes) sowie Personen, deren Zutritt aus beruflichen Gründen notwendig ist, im Einzelfall unter Auflagen zugelassen werden.
4. Von dieser Regelung nicht erfasst ist das Personal in den unter a) und b) genannten Einrichtungen. Zur Aufrechterhaltung des Pflegebetriebs kann diese Personengruppe nach Abwägung und Risikobewertung die berufliche Tätigkeit in den oben genannten Einrichtungen unter Beachtung von Schutzmaßnahmen fortsetzen.
5. Den Weisungen der Polizei, des Gesundheitsamtes und der vor Ort eingesetzten Kräfte ist umgehend Folge zu leisten.

Begründung zu Ziffer 1:

Aufgrund der sich dynamisch entwickelnden Lage bei COVID-19-Erkrankungen sieht das Ministerium für Soziales und Integration die Notwendigkeit, weitergehende kontaktreduzierende Maßnahmen zur Beeinflussung der Ausbreitungsdynamik zu ergreifen, um besonders vulnerable Gruppen zu schützen. Aufgrund des vorherrschenden Übertragungsweges (Tröpfcheninfektion) ist eine Übertragung von Mensch zu Mensch, zum Beispiel durch Husten, Niesen, auch durch mild erkrankte oder asymptomatisch infizierte Personen leicht möglich. Derzeit gehen bestätigte Fälle der Erkrankung an COVID-19 in Baden-Württemberg vor allem auf Kontakte mit Personen zurück, die sich in Risikogebieten und besonders betroffenen Gebieten aufgehalten haben.

Hinweis:

Gemäß § 28 Absatz 3 in Verbindung mit § 16 Absatz 8 Infektionsschutzgesetz haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen diese Anordnung keine aufschiebende Wirkung.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Stadt Weinstadt mit Sitz in Weinstadt erhoben werden.

Weinstadt, den 13.03.2020

gez.
Michael Scharmann
Oberbürgermeister

Anlage

Erlass des Ministeriums für Soziales und Integration vom 12.03.2020, Aktenzeichen: 51-Corona